

# IHR UPDATE AUS BERLIN

Abgeordneten-Newsletter: Jan-Wilhelm Pohlmann MdB



## AKTUELLES AUS BERLIN

Jan-Wilhelm Pohlmann MdB

Liebe Leserinnen und Leser,

im November fanden drei Sitzungswochen in Berlin statt. In diesen drei Wochen wurde der Bundeshaushalt für das Jahr 2026 beschlossen und wir haben 40 Gesetze in Zweiter und Dritter Lesung beschlossen.

Wir packen zahlreiche Themen an und stellen unser Land zukunftsfähig auf. Zur Wahrheit gehört aber auch – dass diese Änderungen in der Bevölkerung nicht ankommen bzw. wahrgenommen werden. Dieses liegt aber auch vor allem daran, dass regelmäßige Auseinandersetzungen in der Koalition die öffentliche Berichterstattung und Debatte beherrschen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir über die guten Inhalte unserer politischen Entscheidungen mehr sprechen. Die aktuelle Ausgabe meines Newsletters soll einen entsprechenden Beitrag dazu leisten.

Herzlich

Ihr Jan-Wilhelm Pohlmann

### DIESE AUSGABE ENTHÄLT:

1. Seite:  
Aktuelles aus Berlin
2. Seite:  
70 Jahre Bundeswehr
3. Seite:  
Militärische Sicherheit
4. Seite:  
Entbürokratisierung

# 70 JAHRE BUNDESWEHR UND NATO-MITGLIEDSCHAFT – EIN BESONDERES JUBILÄUM



Am 12. November 2025 feierte die Bundeswehr ihr 70-jähriges Bestehen – ein bedeutendes Jubiläum, das eng mit der Geschichte unseres Landes verbunden ist. Nur ein halbes Jahr vor ihrer Gründung war Deutschland 1955 der NATO beigetreten. Diese beiden Ereignisse markierten den Beginn einer neuen sicherheitspolitischen Verantwortung unseres Landes – eingebettet in ein Bündnis, das für Frieden, Freiheit und gemeinsame Werte steht.

Heute ist die Bundeswehr als Parlamentsarmee von Staatsbürgern in Uniform fest in unserer Demokratie verankert. Ihre Soldatinnen und Soldaten dienen der Freiheit und dem Schutz unseres Landes. Über sieben Jahrzehnte hinweg hat sie Wandel und Herausforderungen gemeistert; von der Wiedervereinigung über internationale Einsätze bis hin zu ihrer Unterstützung bei Naturkatastrophen und in der Pandemie.

Der russische Angriff auf die Ukraine hat uns in den letzten Jahren schmerzhaft vor Augen geführt, wie wichtig eine starke, moderne und verlässliche Bundeswehr bleibt. Ihre Aufgabe, die Verteidigung Deutschlands und seiner Verbündeten, ist aktueller denn je.

Es war mir eine besondere Ehre, am feierlichen Gelöbnis zum 70. Gründungstag der Bundeswehr zwischen dem Bundeskanzleramt und dem Paul-Löbe-Haus teilzunehmen und unseren Soldatinnen und Soldaten für ihren Dienst zu danken. Ebenso wichtig war die begleitende Debatte im Bundestag, in der wir die Geschichte, Gegenwart und Zukunft unserer Streitkräfte reflektierten.

Ich möchte allen, die in der Bundeswehr dienen oder gedient haben, für ihren Einsatz, ihre Treue und ihren Beitrag zu unserer Sicherheit herzlich danken.



## OHNE FELDJÄGER KEIN OPERATIONSPLAN DEUTSCHLAND

Als zuständiger Berichterstatter im Verteidigungsausschuss habe ich die Position der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der öffentlichen Anhörung zum Artikelgesetz „Militärischen Sicherheit“ vertreten dürfen. Mit Blick auf die Brigade Litauen braucht es dringend eine Anpassung der MAD-Gesetzgebung mit weitreichenden Kompetenzen zum Schutz der Menschen die vor Ort die NATO-Ost-Grenze sichern. Der vorliegende Gesetzentwurf wurde von der Mehrheit der Sachverständigen in der Anhörung gelobt. Einen wesentlichen Schritt für den MAD (Militärischen Abschirmdienst) mit neuen weitreichenden Kompetenzen auch im Ausland werden wir in den nächsten Sitzungswochen beschließen.

Was für den MAD im Ausland gilt muss aber auch für die Sicherheit im Land gelten. Gerade mit Blick auf den Operationsplan Deutschland und Deutschland als Drehscheibe Europas für Truppen und Materialbewegungen braucht es dringend eine Anpassung der Kompetenzen für die Feldjäger. Hier bleibt der Gesetzentwurf aus dem Verteidigungsministerium weit hinter den Erwartungen zurück. Das ein Konvoi theoretisch noch immer von den Polizeien der Länder begleitet werden muss, obwohl die Feldjäger die gleichen Kompetenzen in Ihrer Ausbildung erhalten, bringt nicht nur erheblichen bürokratischen Aufwand mit sich, sondern fordert auch Polizeikräfte, die woanders dringender gebraucht werden. Auch die Sachverständigen haben das in der Anhörung parteiübergreifend bestätigt. Dieses ist nur ein Beispiel, wo die Feldjäger weitere Kompetenzen benötigen.

Wir als Unions-Fraktion haben deshalb unserem Koalitionspartner weitreichende Änderungen für die Kompetenzerweiterung der Feldjäger unterbreitet. Wir werden uns noch in diesem Gesetzesentwurf dafür stark machen, dass die Feldjäger umfassende Kompetenzen erhalten, um Ihren Auftrag auch in Friedenszeiten erfolgreich und gesetzeskonform ausführen zu können.



## ENTBÜROKRATISIERUNG DURCH DIGITALISIERUNG

Laut Bitkom-DESI-Index steht Deutschland im europäischen Vergleich bei der Digitalisierung auf Platz 14 von 27 EU-Mitgliedsstaaten. Ein schlechtes Ergebnis für eine Wirtschaftsnation wie die unsere. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben es uns zum festen Ziel gesetzt die Digitalisierung und Entbürokratisierung voranzubringen. Und wir liefern bereits Ergebnisse. Der ewige „Papierkram“ bei den Behörden und immer wieder Name, Geburtsdatum, Adresse, Telefon. Damit könnte in naher Zukunft endlich Schluss sein. Mit einem parteiübergreifenden Antrag, dem auch die Oppositionsparteien zugestimmt haben, wollen wir zukünftig die Daten von Stadt, Land und Bund miteinander verbinden. Aktuell sind Daten ausschließlich auf verschiedenen Systemen der Kommunen gelagert. Mit dem Vertrag über die Errichtung, den Betrieb und die Weiterentwicklung des Nationalen Once-Only-Technical-Systems (NOOTS) soll die bislang fehlende rechtliche Grundlage für den Aufbau einer gemeinsamen Infrastruktur zum Datenaustausch zwischen öffentlichen Stellen von Bund und Ländern geschaffen werden. Bereits am 11. Dezember 2024 haben der Bundeskanzler und die Regierungschefs der Länder den NOOTS-Staatsvertrag geschlossen. Mit dem Gesetz soll die nach Artikel 91c Absatz 2 Satz 3 des Grundgesetzes (GG) erforderliche Zustimmung des Deutschen Bundestages um NOOTS-Staatsvertrag nun final erfolgen.

Kernpunkt ist ein gemeinsames, flächendeckendes informationstechnisches System, welches zukünftig den Datenaustausch zwischen öffentlichen Stellen automatisiert, beschleunigt und damit kostengünstiger sowie bürokratiearmer gestaltet. Nach dem Once-Only-Prinzip werden bereits vorhandene Grunddaten (Name, Anschrift, Geburtsdatum, etc.) und Nachweise nicht erneut erhoben, sondern direkt automatisiert abgerufen, übermittelt und genutzt. Ein System von dem zukünftig alle Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen sowie die Verwaltungen des Bundes, der Länder und der Kommunen profitieren.

Dieses kann aber nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein für mehr Digitalisierung und weniger Bürokratie.